

## Bedingungsloses Grundeinkommen – Grundversorgung mit Naturressourcen – Ernährungssouveränität

Eine Veranstaltung der GB\*20 in Kooperation mit „Zukunftsforum: Systemwandel - für eine sozial-ökologische sichere Welt“  
GB\*20 - Gebietsbetreuung für den 20. Bez., 1200 Wien, Allerheiligenplatz 11, 23. September 2011, 18 bis 21 Uhr

**Kurzreferate und Diskussion, ReferentInnen:** (weitere Infos s. <http://members.chello.at/zfsnet/#bge11>)

**Ilse Kleinschuster, Moderation und Einführung<sup>1</sup>** – Bedingungsloses Grundeinkommen

**Martin Forstner, GB\*20<sup>2</sup>** – erörtert die Wohnsituation im Bezirk

**Lisa Sterzinger, FIAN<sup>3</sup>** – ein Menschenrecht auf Nahrung

**Irmi Salzer, Via Campesina<sup>4</sup>** – Ernährungssouveränität

**VertreterIn von AgrarAttac<sup>5</sup>** (war verhindert) – Ernährungssouveränität & Nahversorgung

**Astrid Esterlus, Österr. Namibia Ges.<sup>6</sup>** – Grundeinkommen in Namibia

**Harald J. Orthaber, zfs - Zukunftsforum: Systemwandel<sup>7</sup>** – Grundversorgung mit Naturressourcen & Brückenbau

**Michi Jancsy, 'bioparadeis - Foodcoop und mehr'<sup>8</sup>** – Praktisches zur Nahversorgung

**Kurzdarstellung:** *Multiple Krisen stellen unsere Gesellschaft vor eine harte Probe. Es geht um unsere Grundbedürfnisse, monetär, substanzuell und rechtlich – lokal bis global, um unsere Arbeit und nicht zuletzt um unsere Naturgüter. In gegenwärtiger Runde wurden nun ganz wesentliche Problemstellungen, Lösungsansätze und Anforderungen an die Gesellschaft präsentiert, die z.T. jedoch erst zueinander finden müssten. Ist ein „Gutes Leben für Alle“ und seine Umsetzung machbar? Zentral wurde dabei, im Gegensatz zu fast allen anderen Veranstaltungen, eine konkrete Grundversorgung in verschiedenen Facetten, insbesondere auf Basis unserer Naturgüter, an die Teilnehmenden herangetragen. Es soll versucht werden sie – soweit wie möglich – in bestehende Konzepte einzufügen.*

*Die große Themenbreite ließ nach der Einführungsrunde zunächst nur mehr eine kurze Diskussion mit dem Publikum zu. Der gelegte Stein (teils positiv aufgenommen vonseiten interessierter Gäste, teils vonseiten der Referentinnen als utopisch, wenn auch als ideell unterstützenswert bezeichnet – wobei sich die Anmerkungen eher auf das BGE als auf die naturressourcenunterstützte Grundsicherung beziehen) gibt mir Anstoß die vorliegenden Referate und Statements aufzuarbeiten und eine erste inhaltliche Vernetzung darzustellen.*

*In weiteren Zusammenkünften sollen damit, neben den jeweils vorliegenden speziellen Tätigkeiten der Initiativen, neue gemeinsam vermittelbare Inhalte erarbeitet werden, die dann jeweils auch parallel zur eigenen präsentierten Spezialisierung mitgeführt und offen gelegt werden.*

Beitragssplitter:

- Das BGE stellt einen umwälzenden Beitrag zur Überwindung der Zwänge im Kapitalismus dar, ... primär anders über Arbeit und Geld nachdenken, ... auf den Naturaspekt aufmerksam machen, ... ökologische Leitplanken als Rahmenweg (Kleinschuster)
- Wohnraum hat ganz viel mit Gemeinwesen zu tun, es geht prinzipiell um die Zufriedenheit der Menschen „von unten“ (Forstner)
- Menschenrecht auf Nahrung – verwirklicht wenn Zugang zu Land, Eigenproduktion oder Lohnerwerb zum Nahrungskauf gegeben, Sozial/Cash-Transfers sind wirksam zur Armutsbekämpfung, leider kein Rechtsanspruch, Finanzierung nicht gesichert und sind nur Pilotprojekte (Sterzinger)
- Ernährungssouveränität ist eine politische Bewegung für selbstbestimmte Produktion, für die Erhaltung des Bodens, für faire Lebensmittelpreise zur Erhaltung kleinbäuerlicher Strukturen unter fairem Miteinander bezügl. Vermarktung und Konsum (Salzer)
- Das BIG-Projekt von Namibia ist eine Erfolgsstory. Eine landesweite Finanzierung durch die Rückführung bei der Einkommensteuer der reicheren Steuerzahler, die Wirtschaftskraft der neuen Kleinunternehmer und eine Steuerreform wäre keine wirkliche Hürde – die Regierung konnte sich aber bis jetzt noch nicht dazu entscheiden. Das Gute: Die Gespräche laufen weiter! (Esterlus)
- Das Projekt wurde „zfs“ genannt, ist ein Brückenbaukonzept und könnte, durch die Etablierung neuer Naturnutzungsrechte analog zum BGE, zurecht zum Systemwandel führen – neuerlich ein Bruch in der Geschichte der Menschheitsentwicklung? (Orthaber)

<sup>1</sup> Runder Tisch Grundeinkommen (rtg), Moderation & Einführung: Ilse Kleinschuster ist Mitarbeiterin beim Runden Tisch Grundeinkommen ([http://www.pro-grundeinkommen.at/?page\\_id=39](http://www.pro-grundeinkommen.at/?page_id=39)), der Initiative Zivilgesellschaft und beim zfs.

<sup>2</sup> GB\*20: <http://www.gb20.at/service/ueberblick/> .

<sup>3</sup> FIAN: <http://www.fian.at/>

<sup>4</sup> La Via Campesina / ÖBV: <http://www.viacampesina.at/>

<sup>5</sup> AgrarAttac. <http://community.attac.at/agrarattac.html>

<sup>6</sup> Österr:Namibia Gesellschaft: <http://www.sadocc.at/>

<sup>7</sup> Das zfs (Kurz-Infoseite: <http://members.chello.at/zfsnet/>) ist seit Mai 2007 ein Projekt in der Initiative Zivilgesellschaft (<http://www.initiative-zivilgesellschaft.at>), einer Projektgemeinschaft aus gegenwärtig über 40 Initiativen und Organisationen.

<sup>8</sup> 'bioparadeis - Foodcoop und mehr': <http://www.bioparadeis.org>

### Kurzreferate (Schwerpunkte):

Die Veranstaltung wurde von der Planungsgruppe Zukunftsforum: Systemwandel, selbst ein Projekt in der Initiative Zivilgesellschaft (einer Plattform mit Vereinsstatuten, der über 40 Themenstellungen/Projekte von entsprechenden Organisationen und Initiativen angehören) mit dem Ziel, in unserer gegenwärtigen multiplen Krise einen möglichen Wendepunkt in der gesellschaftlichen Entwicklung zu skizzieren. Lösungsansätze durch weitere inhaltliche Vernetzung werden dabei angestrebt.

### **Ilse Kleinschuster, Moderation und Einführung – Bedingungsloses Grundeinkommen**

Nach der Begrüßung, der Vorstellung der beteiligten Organisationen und Initiativen und der Erklärung des Ablaufs beginnt Frau Kleinschuster in ihrer Rolle als Moderatorin zunächst selbst mit einem Statement zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE). Lt. aufliegendem Folder des „Runden Tisch Grundeinkommen“ (rtg) ist bei diesem BGE-Modell von 4 Prinzipien auszugehen: bedingungslos ohne Job-Annahmewang, ohne Voraussetzung von Armut und ohne Erwerbsarbeitsverbot, allgemein für alle Personen, personenbezogen und nicht haushaltsbezogen, sowie in und an der Gesellschaft existenz- und teilhabesichernd. Das BGE stellt überhaupt einen umwälzenden Beitrag zur Überwindung der Zwänge im Kapitalismus dar, zunächst unabhängig davon wie sein spezielles Finanzierungsmodell aussieht. Es geht in erster Linie darum, anders über Arbeit und Geld nachzudenken und diese neu zu definieren, und vor allem, die Würde des Menschen wieder in den Vordergrund zu stellen (der Mensch ist nicht auf seinen Nutzen reduzierbar). Weiters gehört neuerlich auf den Naturaspekt aufmerksam gemacht, wonach z.B. lt. J.J. Rousseau (und auch anderen Persönlichkeiten seiner Zeit) die Güter dieser Erde allen, der Boden jedoch niemandem gehöre, sodass sich daraus eine Bodenrente für alle gleichermaßen ableiten lasse. Es stellt sich also die Frage, ob wir mit noch weiteren Faktoren, als nur mit Geld, unsere Welt gestalten könnten. Zugleich bedeutet dies auch das Fokussieren auf soziale Absicherung und gleichzeitig ökologische Verträglichkeit. Es soll deshalb die Forderung, die schon in den 70ern Anstöße erhielt, mit der Forderung ‚BGE-JETZT‘ wieder aufgenommen werden. Die Proponenten der Initiative sind sich sicher, dass dies machbar ist. Auf europäischer Ebene wird eine Bürgerinitiative angestrebt, die dies bis 2015 durchzusetzen versucht.

In unserer heutigen Diskussion wird im letzten Beitrag auch das weiterführende Konzept des z/s vorgestellt werden, das ökologische Leitplanken als Rahmenweg einsetzen will, um das Zusammenwirken von schon existierenden Wegen so mancher Initiativen und Organisationen zu erleichtern und um damit eine friedvollere Welt zu ermöglichen. Dies soll besonders unsere Ernährungssituation, die landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen, die Ernährungssouveränität, den Lebensraum ansprechen. Es soll auch insbesondere ein demokratischer Weg werden, auch eine Umverteilung von „oben“ nach „unten“. Und dieser demokratische Weg fängt vielleicht auch beim Wohnproblem an – ein Grundbedürfnis – eine Problematik des Wohn- und Lebensraumes im engern Sinn. Dazu wird der erste Kurzreferent und auch Gastgeber des Hauses, Martin Forstner, über den Bezirk berichten.

### **Martin Forstner, GB\*20 – erörtert die Wohnsituation im Bezirk**

Das Thema Wohnraum hat ganz viel zu tun mit Gemeinwesenarbeit, einem Thema das ebenfalls zentrales Anliegen der heutigen Diskussion ist. Es geht darum die Zufriedenheit der Menschen „von unten“ her zu stärken. Als Grundlage dazu muss der Ist-Zustand, als Beispiel hier im 20. Bezirk, betrachtet werden. Im Vergleich zum Wiener Durchschnitt leben hier mehr Menschen mit Migrationshintergrund (>40% zu 32%) mit Spitzen bis zu 65%, mit extremer Wohndichte, hoher Überalterung, mit viel höherer Arbeitslosenquote und mit niedrigerem Nettobezug (einer der 'schlechtesten' Bezirke von ganz Österreich). Der Wohnungsstandard ist nach Kategorien deutlich schlechter und die Wohnungsgröße liegt pro Person bei 32 m<sup>2</sup> (Wienvergleich: 38m<sup>2</sup>). Aber es gibt auch eine Reihe leer stehender Wohnungen. Der Anteil der Gemeindebauten liegt über dem Wiener Schnitt. Es besteht aber eine relativ gute Nahversorgung und ein guter Branchen-Mix. Es besteht eine relativ geringe PKW-Dichte, die ökologisch zwar positiv aber vom abgesunkenen Sozialgefälle her negativ gesehen werden kann. Es gibt starke Zuwächse bei der Sozialhilfe. Es gibt relativ wenig Ordinationen, also ein Mangel medizinischer Infrastruktur. Der soziale Indikator der Bildung weist einen unterdurchschnittlichen Wert an Universitätsabschlüssen auf. Aber auch im Bezirk selbst gibt es sehr große Unterschiede. Neubauten mit hohem Lebensstandard neben katastrophalen Baublöcken. D.h. man muss immer genau hinschauen wie Menschen leben und wo geholfen werden kann.

**Moderation:** *Es gibt in der globalisierten Welt nun auch Menschen, die weder Wohn- noch Lebensraum haben, unter Umweltbedingungen wie z.B. Dürre, sozialen Missständen durch Vertreibung (Landraub) leiden, die, ihrer Subsistenz beraubt, sich nicht mehr selbst erhalten können. Dies betrifft, global, die Mehrheit der Menschen. Diese Tatsache wird aber in den Köpfen jener Menschen, die zur glücklichen Minderheit der Wohlstandsländer gehören, verdrängt. Was kann nun FIAN zur Verbesserung dazu beitragen, kann ev. ein BGE dazu mehr Nachdruck verleihen? Frau Lisa Sterzinger, von FIAN, wird darüber berichten.*

### **Lisa Sterzinger, FIAN – ein Menschenrecht auf Nahrung**

Seit 1993 aktiv bei FIAN (Food First Information and Action Network), seit 1998 im Vorstand. FIAN ist keine Hilfsorganisation, sondern eine Menschenrechtsorganisation. Missstände zeugen von einer engen Verflechtung von lokalen Lebensweisen und globalen Mechanismen (s. Vortrag von Irmi Salzer). FIAN agiert in einem Netzwerk, informiert über das Recht auf Nahrung und wird aktiv, wenn Menschenrechte darin verletzt werden. Das Menschenrecht auf Nahrung ist bereits in der Menschenrechtserklärung von 1948 (Artikel 25) festgeschrieben (wurde dann auch im UN-Sozialpakt 1976 in Kraft

gesetzt). Hunger ist somit eine Menschenrechtsverletzung. Erneut bekräftigt dann 1999 beim UN-Komitee für wirtschaftliche und soziale Rechte (FIAN hat darin mitgearbeitet). Das Menschenrecht auf Nahrung ist dann verwirklicht, wenn Zugang zu Land, Eigenproduktion oder Lohnerwerb zum Nahrungskauf gegeben sind. Staaten müssen das Recht auf Nahrung respektieren und gegenüber Dritten schützen. Gegenüber gefährdeten Gruppen, wie alten und kranken Menschen, Kindern oder Menschen mit Behinderung ist der Staat verpflichtet das Recht auf Nahrung durch Sozialleistungen zu gewährleisten.

Weiters steht im Artikel 25 das „Recht auf einen angemessenen Lebensstandard“ – mit dem Recht auf Nahrung eng verbunden ist das Recht auf Wohnen. Was ist nun eine angemessene Nahrung? Der genauere Rechtskommentar dazu sagt, dass es sich dabei um eine kulturell angepasste, schadstofffreie, gesunde, ausreichende und aus eigener Kraft herstellbare Nahrung handeln soll. Gemäß der Menschenwürde sollen Menschen durch ihre Regierungen zur Selbsternährung unterstützt werden (ausgenommen natürlich vorübergehende Versorgung in der Not). Es sind damit bestimmte Pflichten zu erfüllen: Respektierung (Zugang zu Nahrung darf nicht verhindert oder gestört werden), Schutz (keine Vergabe von Lizenzen an Bergbau- oder Agrarinvestoren ohne Einbeziehung der Bevölkerung, andernfalls ordnungsgemäße Umsiedlung oder Entschädigungen) und Gewährleistung (Unterstützung von Schwachen und Kranken, um Arbeit zu finden, Land für die Subsistenz zu bekommen).

Bislang ist das Recht noch nicht einklagbar. Mitgliederstaaten des Paktes sind lediglich verpflichtet, alle fünf Jahre einen Bericht über die Umsetzungsfortschritte des Rechts auf Nahrung an die UNO zu liefern.

FIAN leistet aber vor Ort Arbeit: Unterstützung bei Forderungen und Rechtsstreitigkeiten, Rechtsberatungen, Rechtsgutachten, Protestschreiben, Interventionen bei Regierungen über das weltweite FIAN-Netzwerk, Agrarreformen(begleitung), Lobbying, Konferenzteilnahmen und auch Versuche, ein BGE zumindest ideell mitzutragen. Bei der Internationalen Zusammenarbeit spricht man nicht so sehr über BGE (wäre ein Optimum) sondern seit etwa im Jahr 2000 über Sozial/Cash-Transfers. Millenniumsziel bis 2015 – Anzahl der Hungernden auf 50% reduzieren. Sozial/Cash-Transfers deshalb, weil vieles nicht mit Einkommen-(Arbeit-)schaffenden Maßnahmen zu lösen ist (z.B. in Afrika im Kontext mit HIV, auch bei uns sind viele nur mehr schwer arbeits-vermittelbar). Damit werden auch Wirtschaftsimpulse gesetzt und die Steuermoral erhöht. Sozial/Cash-Transfers sind gut, sind aber bisher nicht über Pilotprojekte hinausgekommen. Die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Sozialleistungen ist dzt. noch utopisch, weil die Finanzierung nicht gesichert ist. Mittel dafür wurden in der EU nun krass gekürzt! Gegenargumente sind oft: schwierig lokal kontrollierbar, korruptionsanfällig; Arme würden mit Geld „abgespeist“, anstatt Infrastruktur im ländlichen Raum zu schaffen – es braucht auch lokale Märkte für den lokalen Warenabsatz. Beispiel: Lokales Projekt „FIAN-Nepal-Sensibilisierung“ im HIV Kontext (nur mit ausreichender Ernährung Erfolge bei der Therapie) Unterstützung von Frauen und Kindern mit 1€ pro Monat erregte Aufsehen – nun landesweite Bewegung, der Erfolg wird vom politischen Druck vonseiten der Bevölkerung abhängen.

Bereits 2006 empfahl das UN Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, die Einführung eines Minimaleinkommens, für Menschen, die keine anderwärtige ausreichende Einnahmenquelle haben. Dies war auch eine Reaktion auf den Parallelbericht, den FIAN und die Evangelische Entwicklungszusammenarbeit 2005 bei der UN einreichten und der unter anderem die wachsende Armutsgefährdung in Österreich aufzeigte. In Österreich gibt es nun seit September 2010 die Mindestsicherung. Trotz vieler Kritiken von Organisationen (fehlende Einheitlichkeit, zu wenig, Rückstau bei der Bearbeitung) ist es aber ein Schritt und ausbaufähig.

FIAN tritt zuerst nun eher dafür ein, die beispiellose Landenteignung in den Ländern des Südens aufzuhalten. Ein Grundeinkommen sei jedoch eine Utopie (natürlich nicht ausgeschlossen), die FIAN zwar gerne ideell unterstützt; aber derzeit brauche es viel Aktivismus, um zu verhindern, dass den Armen nicht der Boden unter den Füßen weggenommen wird. 80% der von Hunger und Unterernährung betroffenen Menschen leben immer noch auf dem Land und produzieren zum einem großen Teil Nahrungsmittel für den Export. Dies liegt an der neoliberalen Ausrichtung der Agrar-Handelspolitik.

**Moderation:** ja, der freie Handel wird langsam ad absurdum geführt. Die großen Agrar- und Düngemittelkonzerne bestimmen über die Ernährung der Menschen in der Welt. Wenn wir einen fairen Handel wollen, müssen wir die richtigen Leute fragen. Irmi Salzer von Via Campesina wäre eine davon. Sie ist Haupt-Initiatorin der europäischen Bewegung zur 'Ernährungssouveränität'. Ziel dieser Organisation ist eine Landwirtschaft, die den Zugang zu gesunden, leistbaren und ökologisch nachhaltig produzierten Lebensmitteln für alle garantiert – eine, die den ProduzentInnen von Lebensmitteln ein gerechtes Einkommen ermöglicht – und eine Landwirtschaft, die die Lebensgrundlage kommender Generationen sichert.

### **Irmi Salzer, Via Campesina – Ernährungssouveränität**

Kleinbäuerin; Landschaftsökologin; Vertreterin der Klein- und Bergbauern in der Vereinigung Via Campesina / ÖBV, Mit-Organisatorin des Europäischen Nyeleni Forums 2011 in Krems (2. Forum nach Mali) zur Ernährungssouveränität; in der ÖBV (gegründet in den 70ern) werden agrarpolitische Lobbyarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und politische basisorientierte Bildungsarbeit und Unterstützungen (Unterstützung von Mitgliedern in Ungunstlagen, Mitglieder bestimmen selbst was sie wollen, regionale Bauernarbeitskreise, Hilfe bei Veranstaltungen) geleistet; die ÖBV ist Mitglied bei Via Campesina (Namensgebung → ÖBG – Via Campesina Austria), diese hat weltweit rd. 350 Mio Mitglieder und ist anerkannte Stimme der KleinbäuerInnen; 1993 wurde von Via Campesina die sozial-ökologische Bewegung „Ernährungssouveränität“, ein weltweites Sammelbecken vieler Organisationen, gegründet, sie ist als gesellschaftspolitischer Ansatz zu verstehen und unterscheidet sich vom rein technischen Konzept der „Ernährungssicherheit“. Es geht nicht nur darum, dass genug zum Essen da ist, sondern auch darum, wie das Essen produziert, verteilt und konsumiert wird – von wem und unter welchen

Bedingungen – und ein ganz wesentlicher Faktor: wer bestimmt darüber, wie das alles funktioniert! – es soll also eine Demokratisierung erfolgen; Dieses Konzept ist jedoch kein überall nachkochbares Rezept, sondern ist ein ständiges Ausverhandeln, ein Weg. Ernährungssouveränität ist nicht nur für den (armen) „Süden“ sondern auch für den „Norden“ (EU, USA, etc.) notwendig. Nicht der Norden bestimmt z.B. über den Süden, oder ist streng nationalstaatlich bezogen. Dies bezieht sich auch auf Regionen, Territorien, etc.. Ernährungssouveränität soll keinen nationalistischen Aspekt haben (z.B. "nur für uns"). Auch soll es nicht auf die persönliche Souveränität (jede/r kann machen was sie/er will) abgestellt sein, sondern auf eine solidarische Gemeinschaft.

Kurze Themenskizze: Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) – verschlingt in der EU die größten Budgetmittel, hat gemeinsam mit der USA weltweiten großen Einfluss auf die landwirtschaftliche Produktion (Exporte und Profite stehen dahinter und nicht eine bessere Organisation der Ernährung z.B. in Europa, wie es die Politik glauben machen will – so stiegen die Getreideexporte von der EU in die am wenigsten entwickelten Länder zw. 2003 und 2008 um 150% (Milchexporte um 45%) und beeinträchtigt dort massivst eine eigenständige Nahrungsmittelversorgung (dies macht Hunger!); wir befinden uns in zahlreichen Krisen – ökologisch: durch Biodiversitätsverlust (auch bei uns – wie z.B. 'Birdlife' mit den roten Listen bekannt gibt), Bodenerosionszunahme, Wasserverschmutzung u.a. – ökonomische: fehlendes Einkommen der BäuerInnen, Strukturwandel durch immer weniger BäuerInnen, Anstieg der Arbeitslosigkeit insb. in noch bäuerlich dominierten Regionen – sozial: gewaltsame Vertreibung von Menschen von ihren Lebensräumen, Flächenaufkäufe u.a. von Konzernen, Landraub, schwindende Kleinbauernbetriebe, Lobbying, dazu kommt der Hunger – demokratiepolitische: Entscheidungen werden oft nur von wenigen Menschen getroffen, aber wir alle sind betroffen und wir und unsere Enkeln werden darunter zu leiden haben, dominiert werden wir von ganz wenigen Lobbys in Industrie, Handel und großen konservativen Bauernlobbys (so haben sich vor kurzem England und Polen zusammengetan, die nicht 4% Landwirtschaft, sondern 1% als Fortschritt vertreten) – Energiekrise: Oilpeak, entstehende Hungerproblematik, wenn nicht umgestellt wird (Produktion, Ernährung, Lebensstil).

Nun soll mit der Bewegung der Ernährungssouveränität an die Lösung dieser Missstände herangegangen werden. Menschen müssen entscheiden können, wie sie produzieren wollen – möglichst regional produzieren und konsumieren, die Erhaltung von Grund und Boden ist dabei eine Pflicht, Selbstorganisation von KonsumentInnen (z.B. Foodcoops), um Supermärkte auszuschließen. Via Campesina arbeitet jetzt nicht mit dem Grundeinkommen. Deren Schwerpunkt ist ein Weg der Demokratie, der Selbstbestimmung der Ernährungspolitik. Und die Sozialpolitik kann nicht über die Lebensmittelpreise gemacht werden (möglichst geringe Preise). Vielleicht geht diese über ein Grundeinkommen. BäuerInnen möchten von fairen Lebensmittelpreisen leben können und nicht von Förderungen abhängig sein. Von so geringen Produktpreisen kann keine BäuerIn leben. Häufiger Einwand vonseiten so mancher KonsumentInnen, dass es arme Mütter, AlleinerzieherInnen gibt, die sich „Fair Trade“ und „Bio“ nicht leisten könnten. Dazu kann gesagt werden, dass weitere soziale Maßnahmen zu ergreifen wären – z.B. die finanzielle Entlastung im Wohnungsbereich, damit Lebensmittel dann auch mehr kosten dürfen, sodass auch BäuerInnen davon leben könnten. Schluss mit Exportförderungen oder (verdeckt) über inländische Preisstützungen, um nicht bei anderen Ländern deren Preisgefüge und damit Selbstversorgung zu zerschlagen.

**Moderation:** *Man spricht vom 'Fluch der Ressourcen', von Ländern wo viele Ressourcen lagern. Denn dort treiben dann Machthaber die eigene Bevölkerung sehr oft in bittere Armut, indem sie selbst Exportgeschäfte zu ihrer Bereicherung machen. Doch um was es jetzt geht ist nicht diese Facette, sondern umgekehrt, um ein Projekt zur Lösung von Armut auch in solchen Ländern. Astrid Esterlus berichtet über das 2-jährige BIG-Projekt (Basic Income Grant) im kleinen Dorf Ojivero in Namibia 2008 bis 2010. Gegenwärtig wird das Projekt mit 80% der Auszahlungen noch weitergeführt, ohne jedoch von der Regierung wirklich Unterstützung zu finden.*

### **Astrid Esterlus, Österr. Namibia Ges.** – Grundeinkommen in Namibia

Frau Dr. Esterlus ist Vorstandsmitglied der Österreichischen Namibia-Gesellschaft, einer von beiden Ländern anerkannten Freundschaftsgesellschaft. Die ÖNG ist eingegliedert in das Dokumentationszentrum für das Südliche Afrika (SADOC), hervorgegangen aus der damaligen Anti-Apartheid-Bewegung. Namibia ist seit 1990 ein unabhängiger Staat.

Das Pilotprojekt BIG (Basic Income Grant) wurde getragen von der evang. luth. Kirche, der Gewerkschaft NUNW, dem Rechtshilfe-Institut „Legal Assistance Centre“ (LAC), dem Arbeitsforschungs-Institut „Labour Ressource and Research Institute“ (LaRRI), u.A.. Internationale Experten kamen zweimal nach Namibia, um das Projekt zu evaluieren. Finanziert wurde das Projekt durch: "Brot für die Welt", Lutherische Kirche, Vereinigte Evangelische Mission, Evangelische Kirche im Rheinland, Evangelische Kirche von Westfalen, Friedrich Ebert Stiftung etc.

Die Idee wurde seit 2005 diskutiert. Das ausgesuchte Dorf Ojivero liegt ca. 100 km von Windhoek entfernt, im ariden Niemandsland zwischen mehreren großen Weideland-Farmen (bis zur Größe von NÖ, meist geführt von ‚weißen‘ Farmern und ‚schwarzen‘ ArbeiterInnen – ärmliche Tagelöhner).

Jedem im Juli 2007 registrierten Dorfeinwohner (etwa 1000), vom Säugling bis zum Pensionisten (ab 60 Jahren erhalten alle die staatliche Rente von 500 N\$), wurde 100 N\$ (etwa 10 € im Gegenwert von ca. 10 Laib Brot in Namibia) pro Monat zugewiesen. Den Betrag für die Kinder bekamen die Frauen, in deren Haushalt sie lebten. Ein mäßiger Zuzug von Verwandten/Bekanntem wurde dadurch natürlich ausgelöst, er hielt sich aber in Grenzen; Namibia hat eine relativ geringe Bevölkerungsdichte, insgesamt 2,1 Mio. Menschen leben auf einer Fläche, die 10x so groß ist wie Österreich.

Projektergebnisse: Basisdaten für die Überprüfung des Ergebnisses wurden über 12 Monate gesammelt. Die Armutsgrenze sank von 76% auf 37% innerhalb eines Jahres mit BIG, die wirtschaftlichen Aktivitäten stiegen von 44% auf 55% (eigene kleine Geschäfte gegründet, Schneiderei, Ziegelherstellung für den Hausbau, Bäckerei...). Es entwickelte sich ein eigener kleiner Markt.

Die Unterernährung der Kinder zeigte eine Reduktion von 42% auf 10% im November 2008. Beim Schulbesuch sank die Ausfallsrate der Kinder von 40% auf fast 0%, das Schulgeld und die Schuluniformen konnten von den Eltern bezahlt werden.

HIV/AIDS: Bessere Ernährung und Transportmöglichkeiten zu Gesundheitsstützpunkten ermöglichten den Einsatz von ARV-Medikamenten. Der örtliche Gesundheitsposten verzeichnete einen Anstieg der Einnahmen von N\$ 250 pro Monat auf N\$ 1,300 weil sich die Einwohner die Gebühr von N\$ 4,- pro Besuch leisten konnten.

Die durchschnittliche Verschuldung der Haushalte fiel von N\$ 1,215 auf N\$ 772 zwischen November 2007 und November 2008. Damit steigerte sich die Haustierhaltung (Rinder, Ziegen, Geflügel).

Die Kriminalitätsrate (hauptsächlich Viehdiebstahl) fiel von 42% auf knapp 20%.

Mehr Unabhängigkeit der Frauen in Sachen Sexualität von den Männern, die eher noch einen Job hatten als die Frauen.

Alkoholproblem (Zusatzmaßnahme: Lokale (Shebeens) wo Alkohol ausgetrunken wird, hielten am Auszahltag geschlossen) ist durch BIG nicht gestiegen.

Das BIG ist damit eine Erfolgsgeschichte.

Kosten bei Einführung in ganz Namibia würden sichergestellt durch die Rückführung bei der Einkommensteuer der reicheren Steuerzahler, die Wirtschaftskraft der neuen Kleinunternehmer und eine Steuerreform (Anhebung der Deckelung von 25% auf 30%).

Die Regierung konnte sich bis jetzt nicht entscheiden dies durchzuführen. Gut ist jedoch, dass es immer noch in Diskussion ist; es wurde bei Interessierten ein regelrechter 'BIG-Tourismus' nach Otjivero ausgelöst. Nach Projektabschluss wurde für ein Jahr noch ein Überbrückungsgeld von 80 N\$ auf die Postkonten der Bezieher überwiesen, damit sie nicht wieder zurückfallen.

Die Diskussion beginnt jetzt sachlich zu werden und eine weiterführende Umsetzung des Projekts hat demnach eine Chance.

**Moderation:** Die verstärkte öffentliche Diskussion wird auch bei uns für die Einführung eines BGE das Um und Auf sein. Nun gelangen wir zum letzten Vortrag, einem schwierigen Teil, ein als Brückenbaukonzept ins Leben gerufenes Projekt: es gilt, dieses Projekt ausführlich zu diskutieren, als eine wichtige sozial-ökologische Grundlage für die Anliegen aller hier Beteiligten an ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem. Das BGE soll dabei als Ausgangspunkt dienen und überleiten zu einem Ressourcenwirtschaftssystem.

### **Harald J. Orthaber, zfs - Zukunftsforum: Systemwandel – Grundversorgung mit Naturressourcen & Brückenbau**

Thematischer Zugang: Zunächst Nachrichtentechniker dann Landschaftsökologe der Univ. f. Bodenkultur (schon damals in den 80ern wurden Themen heiß diskutiert, ob BäuerInnen sich hauptsächlich aus deren Produkten, wie es heute auch Irmi Salzer deponierte oder von Landschaftspflege ihren Lebensunterhalt verdienen sollten, weiters auch wo und ob in diesem Zusammenhang Landschaftsplanung überhaupt Sinn mache), schließlich Spezialisierung in Satellitendaten-Fernerkundung zur Erfassung und Interpretation von Landnutzung; ab Mitte der 90er immer stärkere Zuwendung zur Gemeinwohlökonomie, Berührung mit der Geldökonomie (SOL-Projekt futuro) und schließlich ab 2005 Befassung mit Systemwandel und Ressourcenwirtschaft. Letzteres entwickelte sich unter Mitwirkung an einem Buch „Wende der Titanic“ aus zahlreichen Diskussionen innerhalb von NGOs, aus denen 2007 schließlich die „Initiative Zivilgesellschaft“ hervorgehen sollte. Sie ist eine Plattform, konstituiert als Verein, in dem nun mehr als 40 Initiativen und Organisationen zusammenwirken wollen. Die Essenz dabei – es soll allein die inhaltliche Vernetzung eine Rolle spielen, nicht eine weitere Vergesellschaftung von Personen oder Organisationen. Jeder Mensch soll darin nur mit einer Projektidee oder Initiative „in“ dieser Plattform wirken und öffentlich auftreten können, ohne einen eigenen Verein gründen oder einer anderen Organisation angehören zu müssen – eben als zivile BürgerInnen wirken können. Ursprünglich zwar mit bereits stärkeren Vorgaben bezüglich neuer Lösungen im Gesellschaftssystem konzipiert, wurde die Plattform dann jedoch lösungsoffener mit lediglich sozial-ökologischen und lebensfreundlichen Grundsätzen ausgestattet. Alle Mitglieder mussten sich somit neu einbringen und inhaltlich vernetzen. Dies tat Harald Orthaber somit auch und brachte insbesondere eines der Kernelemente der damaligen Diskursgruppen ein und gestaltete daraus schließlich das Brückenbaukonzept. Das Projekt nannte er *Zukunftsforum Systemwandel (zfs)*, s.M. zu Recht, da es für viele zum Teil utopisch anmutet (mit einer Nahbeziehung zum BGE, das mitunter auch oft als „utopisch“ bezeichnet wird) und auch tatsächlich einen Bruch mit der bisherigen Entwicklung in der Menschheitsgeschichte darstellen könnte. Die Nahbeziehung mit dem BGE einerseits, andererseits einer damit zusammenhängenden, grundsätzlichen Grobanalyse von Geldsystemen und einer naturwissenschaftlich und gesellschaftlichen Problemlösungshierarchie sollen einen neuen Basiskonsent für eine Umsetzung begründen.

Basisgedankengang: Wir erinnern uns an ein großes Transparent, das am Gebäude der Akademie der Bildenden Künste in Wien zu Beginn der Studentenproteste „die Uni brennt“, Ende 2009, herabprangte. „Was würden sie arbeiten, wenn für Ihr Einkommen gesorgt wäre?“ – Doch offenbar zu utopisch war es, als dass dies tatsächlich zu einem instrumentellen Hauptpunkt der Protestbewegung hätte werden können. Oder welches andere Zitat wird häufig benutzt, wenn es um die

paradoxe Expansionsdynamik unseres Wirtschaftssystems geht: „Wer in einem begrenzten System an unbegrenztes Wachstum glaubt ist entweder ein Idiot oder Ökonom“ – von einem US-Ökonom Kenneth Boulding. Diese Aussage wäre wohl wahr, aber eine solche Aussage wird von den Ökonomen nicht behauptet. Sie gehen nämlich von einer nicht begrenzten Welt aus und leiten daraus lieber ein durchaus plausibles, unbegrenztes Wachstum ab! Gegenwärtige technische Entwicklungen weisen, zumindest in den nächsten Jahrzehnten, auf keine derlei großen Sprünge in Richtung Unbegrenztheit hin. Deshalb ist eine andere Handlungsmaxime infolge unserer multiplen Krisen nun angesagt.

Der Mensch ging aus der Natur hervor, ist Teil von ihr. Als meist friedfertige Stammesgesellschaft lebte er zunächst ohne Eigentum, nutzte die Natur, wurde schließlich sesshaft und begründete über Schaffung von Eigentum, Markt und Geld unsere nun arbeitsteilige Gesellschaft und Realwirtschaft. Viele meinen, die menschliche Entwicklung sei stets eine langsame, kontinuierliche, es gäbe keine Sprünge, keinen Systemwandel. Doch einige meinen, dass es diese sehr wohl gegeben hat und gibt. Z.B. mit dem Ende der Friedfertigkeit, mit der Begründung des Eigentums und des Geldes. Harald Orthaber meint auch, dass durch eine Beendigung der Ausbeutung von Mensch und Natur (diese Ausbeutung wird bis heute im Großen und Ganzen durchgehend betrieben), ebenfalls von einem Systemwandel gesprochen werden kann. Und dies ist auch der Beweggrund des *zfs*. Wie kann dies gehen? Nun, – die bisherigen Regelungen finden alle auf gesellschaftlicher Ebene statt. Meist betreffen Änderungen vorangehende Bereiche der gesellschaftlichen Ursache-Wirkungskette – die Umverteilung von Arbeit und Geld (z.B. die Reichen sollen zahlen) und Restriktionen bis hin zu Verboten (z.B. Schließung von Steueroasen, Zinsverbot) oder gar Abschaffung von Geld und (Geld)Markt. Und das BGE ist eine direkte Antwort zur prinzipiellen sozialen Befreiung aus der Ausbeutung der Menschen. Doch dies, als „Arbeit“ (indirekt auch über Geld) definierbar, ist erst ein Standbein zur Begründung von Wohlstand. Das zweite, zwar instinktiv bekannt, wurde jedoch nie wirklich mit instrumenteller Relevanz bedacht – die Natur. Fehlt eines dieser beiden Elemente, ist kein Wohlstand möglich. Dieses zweite Standbein muss deshalb auch instrumentell eingerichtet werden. Dazu ist zunächst seine Ausbeutung durch den freien Naturzugriff (sie soll bekanntlich in der Volkswirtschaft nichts kosten) prinzipiell zu beenden. Wie? – indem eine wertstabile Bilanzierungseinheit der Natur, ähnlich kaufkräftig nutzbar wie Geld, allen BürgerInnen gleichberechtigt zugänglich gemacht wird. Sie übernimmt gegenüber Geld eine besser geeignete Funktion der Grundversorgung (analog ansonsten dem BGE), sowie die Funktion einer groben Ökobilanzierung inklusive Übergangslösungen (schrittweises Zurückfahren auf ein nachhaltiges Niveau). Das bisherige Geldsystem bleibt mit seinen Funktionen – unter natürlich weiterhin ausverhandelbaren Änderungen – erhalten. Das genaue Zusammenwirken ist im Detail noch komplexer. Es ist geplant, in einer Arbeitsplattform weitere zahlreiche Details in allen Lebens- und Fachbereichen zu erarbeiten (gegebenenfalls vorübergehende oder permanente Begleitmaßnahmen, Unterstützungen, rechtliche Änderungen, etc.), zu überprüfen und regionale Feldstudien über eine stufenweise Einführung zu organisieren. Zunächst sollen 20 bis 30 MitarbeiterInnen – im Brückenbau zu ihren jeweiligen Interessensgebieten – tätig werden.

Um bei der Arbeit voranzukommen, ist ein Basiskonsent nötig – z.B. über das Ziel für ein „gutes Leben für Alle“ (materieller Wohlstand auf der Grundlage: Vermeidung der Ausbeutung von Mensch und Natur, immaterielles Wohlbefinden auf Grundlage der Förderung von Zufriedenheit). Damit dies keine papierernen Worthülsen sind, muss das prinzipielle „Wie?“ gleich hinzugenommen werden. Als Vorschlag für die Umsetzung, wird als neuer wirtschaftlicher Rahmen eine bewusste Aufspaltung in einen gesellschaftlich verhandelbaren „Arbeits“-Bereich und in einen unverhandelbaren Naturbereich angeboten. Die Prinzipien wurden dazu in Steady-State-Economy von Hermann Daly, 1977, entworfen und von Hans Peter Aubauer in eine praktische Umsetzung übergeführt. Als instrumenteller Maßstab eignet sich dazu besonders gut der Ökologische Footprint, da er physikalische Grenzen aufzeigt, nahezu analog wie Geld, aber mit anderen Funktionen handhabbar ist. Viele weitere qualitative Regelungen bleiben unbenommen und können unbehinderter als jetzt umgesetzt werden. Zusätzlich werden Übergangsregelungen vom gegenwärtigen, monetären Besteuerungssystem vorgeschlagen, um während der Ausreifung des neuen Systems nicht untätig bezüglich einer Absenkung der Naturressourcennutzung zu sein.

Zum BGE als Abschluss: Das monetäre BGE kann als (Austrittstür) Schwelle aus unserem gegenwärtigen Wirtschaftssystem betrachtet werden. Es weist den prinzipiellen Weg! Mit dem Wissen der weiteren sozial-ökologischen Zielsetzungen kann es, gemäß dem Slogan „BGE-JETZT“, sofort umgesetzt werden. Es kann auch mehr oder weniger parallel zu einem hinzu kommenden Geld-Natur-Werte-System wirken. Entscheidend ist die Stabilität eines zukünftigen Systems, mit dem unsere multiplen Krisen gemeistert werden können.

Einige graphische Erläuterungen, die auch bei der Veranstaltung gezeigt wurden, sind im Anhang. Für weiterführende Details muss auf die *zfs*-Kurzinfo und auf die Arbeitsplattform verwiesen werden.

**Moderation:** *In Anbetracht der Krisen sind nicht nur neue Konzepte und Bewegungen gefragt, sondern auch ganz substanziell praktische Selbsthilfen. Und hier ist ebenso der Ernährungsbereich sehr wesentlich. Wir haben dazu interessante Nahversorgungs-Alternativen und –kooperativen versucht zu organisieren. Eine davon war dankenswerterweise so hilfreich, uns ein praktisches Beispiel zu liefern – und im sprichwörtlichen Sinn – sich auch mit dem „Buffet der anderen Art“ zu präsentieren. Wir freuen uns alle darauf und ich danke Michi und ihrer Kollegin.*

**Michi Jancsy, 'bioparadeis - Foodcoop und mehr'** – Praktisches zur Nahversorgung

Bioparadeis-Foodcoop ist eine von derzeit drei der Lebensmittelkooperativen in Wien und ist gelebte Ernährungssouveränität. Der Verein ist eine Gruppe von 60 Menschen, die sich zusammengetan haben um Lebensmittel direkt von Bauern und Bäuerinnen zu beziehen. Es geht dabei um die Organisation der Verteilung dieser Lebensmittel unter

den Mitgliedern, einer fairen Bezahlung der Bauern und Bäuerinnen und als Kooperation in einer für uns alle ökologisch und gesundheitlich verträglichen Art und Weise. Zudem ist es eine Art der Selbstorganisation, – selbst initiativ zu werden, einen Weg zu biologischen Werten zu finden und die Lebensmittelversorgung nicht den Supermärkten zu überlassen.

**Moderation:** Die bereits fortgeschrittene Zeit kann nur mehr für eine kurze Diskussion, die vonseiten des Publikums aufgegriffen werden soll, genützt werden.

### **Diskussion, Fragen und Stellungnahmen:**

- ein Land muss einmal beginnen – dies ist auch beim BGE ein wichtiger Punkt, doch zugleich scheint dies als eine der Hauptschwierigkeiten zu sein, da es nicht EU-konform sei und innerhalb der EU und deren Regelungen sofort ein Zustrom auf dieses Land einsetzen würde – die Forderung, dass ein Land beginnen muss, sei deshalb utopisch – wie steht es damit beim Ansatz der Ressourcenwirtschaft?
- das Konzept BGE klingt so harmlos, genau genommen sind die Auswirkungen aber etwas Revolutionäres, entsprechend werden Geldmächtige mit ihren Möglichkeiten sich dagegen wehren ...
- was mit der Utopie gemeint ist, kann auch antizipatorisches Lernen genannt werden – um das System zu ändern kann man gar nicht anders, als ganz neue Schritte wagen – jene die das nicht können, können diese Schritte dann halt nicht mitgehen, da trennen sich dann Spreu von Weizen, jene sind einfach nicht reif dafür – man soll eben Mut zur Utopie haben.
- das BGE als Utopie zu bezeichnen und stattdessen den armen Ländern zu helfen ist einfach nicht passend und wäre bereits überholt, einige der strittigen Punkte wären ja durch das neu vorgestellte Ressourcenwirtschafts-System überwindbar – Frau Sterzinger (FIAN), daraufhin angesprochen, merkte an, dass sich FIAN mit realpolitischen Vorgängen beschäftigt, mit Menschen die Grund und Boden verlieren und sie sieht nicht wie ein BGE politisch durchsetzbar sein wird, und auch nicht, woher das Geld kommen soll. Aus ihrer 20-jährigen politischen Tätigkeit sich einzubringen, erkannte sie, dass nur der Weg der realpolitischen kleinen Schritte innerhalb den gegebenen politischen Konstellationen geht, wie z.B. die Grünen bei der Ökosteuer, in Richtung Ressourcenverbrauchssteuer, etc. vorankommen wollen. Projekte des Social-Cash-Transfers sind dagegen über Pilotphasen nicht hinausgekommen. Eine Studie von FIAN wies aber nach, dass solche Transfers berechtigt sind. Ist alles schön und gut, aber realpolitisch interessiert sie mehr, wie man dorthin kommt. Und zum theoretischen Konzept der Ressourcenwirtschaft sehe sie nicht, was sie damit tun soll. Als praktischer Mensch möchte sie wissen, wo sie sich einbringen und aktiv werden kann. Und bezüglich der Beteiligungen an Plattformen ist sie bereits bei vielen aktiv. Die Bekanntmachung der völkerrechtlichen Situation über das Recht auf Nahrung ist ja bereits eine Initiative der Wegbereitung dazu, dass es einmal das Grundeinkommen geben wird.
- Wieviel wird an den Schulen über Ernährung, gesunde Ernährung gebracht? – Dazu erklärt Frau Salzer, dass die Erwachsenen sich ändern müssten, nicht die Kinder. Die Kinder wissen oft schon viel mehr.
- Ein Statement und Vorschlag geht vom bekannt gravierenden Problem der schon vor 20 Jahren nicht funktionierenden Raumplanung aus. 'Freundschaftliche' Umwidmungen zu Bauland vonseiten der Bürgermeister sind und waren Gang und Gebe. Wie kommt man aus einem solchen Dilemma heraus? Ev. über eine geeignete Form der Erarbeitung und Verbreitung von Lösungen (z.B. Future Search Conference) können sehr breite Themen mit Menschen unterschiedlicher Fachrichtungen binnen weniger Tage gut moderiert ausdiskutiert werden. Am Ende steht ein Aktionsplan – wer macht was?. 30 bis 45 Menschen, ähnlich wie in den Jahren 1977/78 im Amerlinghaus, könnten bei kontinuierlichem Tun miteinander hier etwas weiterbringen. Der Unmut der Bevölkerung ist sehr groß.
- Ein Statement wurde hervorgebracht, dass eine Zusammenarbeit auch verinnerlicht werden muss und daraus eine neue Vernetzung entsteht. – Lt. zfs – ja, dies ist vor Ort wichtig, allerdings sieht die Konzeption der Arbeitsplattform des zfs ein virtuelles Büro vor, um räumlich unabhängig in Gruppen arbeiten zu können. In längeren Abständen könnten Treffen arrangiert werden.
- Eine Anfrage kam zum BIG-Projekt von Namibia – warum z.B. einer der MitträgerInnen, Herbert Jauch, dieses Projekt nicht selbst weitergemacht hat?
- Weiters kam noch eine als Provokation aufgefasste Frage: Zum Systemwandel, wie immer man dazu steht, wie hilfreich ist Gejammer über all diese Missstände in der Welt? Merkt man dadurch noch die vielen Möglichkeiten von Lösungen, braucht dies nicht viele Arbeitsressourcen? Frau Salzer meint, dass Informationen einfach notwendig sind. Die Moderatorin meint auch, dass wir viel zu wenig wissen, um die Probleme richtig beurteilen zu können.

### **weiterführender Diskurs und Annäherung:**

Für einige TeilnehmerInnen mögen die hier ausgebreiteten Themenbereiche zu breit erscheinen, um detaillierter diskutiert werden zu können. Dies ist richtig. Gleich Details zu diskutieren mag zwar praktikabler sein, ändert aber meist nichts am grundsätzlichen System-Laufrad. Für solche Änderungen braucht es zunächst eine Distanz, um mehr erfassen zu können, dann Utopien und dazu Mut, wie es ein Teilnehmer sagte. Vielfach ist es aber auch ein schlichter Unwille oder die Angst vor Veränderung und bezeichnet die noch nicht angewandten oder unbekannt Instrumente entweder als utopisch, in unserer Geldwirtschaft als unfinanzierbar oder einfach als politisch nicht durchsetzbar. Hier wird versucht an einige dieser aus Zeitgründen nicht mehr diskutierten Details, unbeantwortet

gebliebenen Publikumsfragen und an einigen kritischen Bemerkungen vonseiten der ReferentInnen heranzugehen, um mehr Klarheit für weitere inhaltliche Vernetzung zu gewinnen.

### **Reflexionen zwischen den ReferentInnen**

Da es aus Zeitgründen zu keiner zweiten Diskussionsrunde zwischen den ReferentInnen mehr kam, biete der Organisator vom zfs hier die Gelegenheit dies nachzuholen. Bei weiteren Rückmeldungen wird dieses Dokument an dieser Stelle aktualisiert. Der einfacheren Kommunikation wegen, wird dies in ich-Form gehalten.

**Orthaber:** Ich möchte der Reihe nach mit den ReferentInnen beginnen.

**Zu Ilse Kleinschuster:** Zum BGE/zur Ressourcenwirtschaft möchte ich ergänzen, dass es bei der Ressourcenwirtschaft in Anknüpfung an das BGE um eine wesentlich andere Herangehensweise geht, als bisher üblich, um die Ziele, wie soziale Absicherung und ökologische Verträglichkeit, bis zu einem wesentlichen Teil (inklusive nötiger Zusatz- und Begleitmaßnahmen in einigen Details) zu erreichen. Es geht um die Etablierung „neuer“ Werte in der Wirtschaft und in der menschlichen Gesellschaft (sollte man hier überhaupt Unterscheidungen machen?); es geht nicht um eine schlichte ausverhandelte Einpreisung in das gegenwärtige Geldsystem, wie dies bei der Ökosteuer geschieht oder um einen schlichten Sozialtransfer im Falle der sozialen Absicherung. Diese „neuen“ Werte stehen für sich und sind als Nutzungsrechte sowohl rechtlich wie instrumentell festgeschrieben. Das ist in den Details noch auszuarbeiten und könnte bereits jetzt schon auf gesellschaftspolitisch-politischer Ebene von möglichst vielen NGOs in Zusammenarbeit angekündigt und eingefordert werden. Mit einem vom zfs bereits im Groben vorgeschlagener Stufenplan als Übergangslösung vom gegenwärtigen Wirtschaftssystem, der auch von Klaus Sambor vom Runden Tisch Grundeinkommen (rtg) Zustimmung findet, wird dann die Forderung ‚BGE-JETZT‘ schon zum fundierten Ausgangspunkt. Die hartnäckigen Fragen als Gegenargumente oder Behauptungen der Unfinanzierbarkeit (woher denn das Geld käme) oder welcher Sozialtransfer (ohne zu arbeiten) wohl angemessen wäre, ist damit gelöst oder bedeutungslos.

**Zu Martin Forstner:** Ja, Wohnen ist eine Gemeinwesenarbeit und gehört damit in ihrer Grundausstattung zu den ‚Commons‘. Diese sind unbedingt zu definieren. Z.B. die als Commons kostenlos/ohne Miete jedem Menschen zustehenden m<sup>2</sup> Wohnfläche. Erst die darüber liegenden Flächen können noch in einem Marktsystem gehandelt werden. Dies kann bei allen als Common (z.B. auch beim öffentlichen Verkehr, bei der Energienutzung) definierten Bereichen so geschehen und folgt einem sozial-ökologischen Prinzip: Dieses ist sozial – die Basisausstattung kostet nichts und ist ökologisch – erst die darüber liegenden Nutzungen steigen in den Kosten progressiv (im Falle der Ressourcenwirtschaft sogar ins Unendliche) und wirken damit der Übernutzung entgegen. Die Ressourcenwirtschaft wendet dieses Prinzip generell in Verbindung zum Geldsystem an und bildet damit einen wirtschaftlichen Rahmen (ein Rahmenpfad der sich z.B. gut zu den Pfaden, die Attac in ihrer 10-Jahres-Deklaration definiert hatte, ergänzen würde). Ökologie und Soziales sind hier vereint und auch nur dann kann auf Dauer ein guter Lebensstandard gelebt werden. Solche Aussagen oder so ein Denken, wie "eine geringere PKW-Dichte wäre zwar ökologische positiv aber sozial negativ (wegen Sozialgefälle) zu sehen", wird es mit einem neuen wirtschaftlichen Rahmen einfach nicht mehr geben.

**Zu Lisa Sterzinger:** Es ist gut für das Instrument der Ressourcenwirtschaft, dass in der Definition der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung auch der Passus steht: „... ist verwirklicht, wenn Zugang zu Land .. oder Lohnerwerb zum Nahrungskauf gegeben ist“. Damit passen beide Wege zusammen und mit dem Naturressourcen-Nutzungsrecht, das in der Ressourcenwirtschaft nicht nur ein Recht, sondern zugleich ein Instrument und ein Mittel wie Geld ist, wird ein Teil der Forderung des Rechts auf Nahrung erfüllt. Ein weiterer Teil, wird in der Ressourcenwirtschaft als „Zusatzmaßnahme“ beschrieben: die Festlegung und scharfe Kontrolle von Flächenwidmungen. Nur geht es dabei in der Ressourcenwirtschaft nicht um Eigentum, sondern um eine vorgeschriebene Nutzung mit entsprechenden Nutzungsaufgaben – z.B. Bauland (verfällt z.B. nach 10 Jahren der Nichtnutzung), Landwirtschaft, Schutzwald, Naturschutzgebiet, usw.. Vonseiten der Ressourcenwirtschaft wird die Eigentumsproblematik nicht durch Enteignungen und Landzuteilungen gelöst, sondern von der Konsumperspektive, indem Nutzungen festgelegt werden, damit entsprechend produziert wird und diese Produkte den Menschen über das Nutzungsrecht zugute kommen. Es läuft also verkehrt herum. Die andere Richtung wie sie auch FIAN bislang geht, ist dabei natürlich ebenso nicht ausgeschlossen. Beides lässt sich aber vereinen! Deshalb kann es auch als gleiches Ziel zugleich an die Politik transportiert werden. Ich hoffe damit etwas mehr Klarheit darüber zu schaffen, was man denn mit der Ressourcenwirtschaft alles anfangen kann. Der Sozial/Cash-Transfer-Aspekt, womit FIAN mit der Initiative des BGE vor zwei Jahren im Albert Schweitzer Haus eine gemeinsame Veranstaltung machte, hatte mich damals auf FIAN aufmerksam gemacht. Nach weiteren Arbeitsfortschritten um dieses Thema, stellte ich zwar fest, dass dies nicht die gleiche Schiene ist, wie ich an anderer Stelle bereits ausführte, aber zumindest ein Anknüpfungspunkt, der mich hier nun zu besseren Anbindungen führte.

**Imi Salzer:** Die Ernährungssouveränität (ES) möchte die Demokratisierung als eines der zentralen Anliegen verwirklichen. Demokratisierung bedeutet, dass jeder Mensch kraft seiner Fähigkeiten und seines Willens am Gestaltungs- und Entscheidungsprozess seines Lebensbereiches mitwirken kann. Demnach ist auch ein gutes Stück individuelle Selbstbestimmung, eine Selbstermächtigung, dazu nötig. Frau Salzer möchte dies für die ES aber nicht so sehen (oder zumindest nicht als Schwerpunkt?), sondern nur die solidarische Souveränität für das Gemeinwohl damit behandeln. Ich sehe dies als zu einseitig, wenn ES schon einen weitgehendst ganzheitlichen Anspruch haben will. Eine echte Demokratisierung muss die individuelle Souveränität einschließen. Damit dies nicht aus den Rudern läuft, braucht es dann eben neue Rahmenbedingungen, wie es z.B. durch die Ressourcenwirtschaft mit den Naturnutzungsrechten inklusiv den



Zusatz- und Begleitmaßnahmen skizziert wird. Viele Vorschläge (Ziele und Wege) der ES sind dann ev. leichter umsetzbar (eine Gegenüberstellung diesbezüglich ist im Entwurf). Es ist klar, im gegenwärtigen Wirtschaftssystem hat man kaum eine andere Wahl, als neben einer Bewegung wie es ES zweifellos eine ist, auch den Weg des erneuten, gewerkschaftsartigen Lobbyings zu gehen, wie es durch Via Campesina, meinem Eindruck nach, betrieben wird. So wurde z.B. von Irmi Salzer angeführt, dass doch der Wohnbereich verbilligt werden sollte, um mehr Geldmittel für den Ernährungsbereich zu haben. Dies klingt in meinen Ohren im gegenwärtigen Geldwirtschaftssystem eher wie das übliche Gezerre von Interessensvertretungen um die Geldmittel. Ich schlage einen Eingriff in den Wohnkostenbereich auch vor (s. bei Forstner), allerdings im Zusammenhang mit der Ressourcenwirtschaft mit sozial-ökologischen Prinzipien. Zurückkehrend zur Demokratie, die Organisation Via Campesina ist zwar sehr groß, es fehlen aber pro Kopf erst die Geldmittel (im gegenwärtigen Wirtschaften), bzw. eine selbstermächtigende Grundversorgung, um letztlich jene Demokratisierung zu ermöglichen. Um das geht es mir jedoch, um einen Systemwandel mit sozial-ökologischem Vorzeichen mit konkreten rechtlichen und zugleich materiell-instrumentellen Mitteln.

Zu Astrid Esterlus: Es freut mich, dass das BIG-Projekt im Sozialbereich so eindeutig als voller Erfolg gefeiert werden kann – wenn auch noch im Geiste eines mildtätigen Sozialtransfers. Die unweigerliche rasche Voranschreitung des industriellen, technisierten Lebensstils, auch bald in die hintersten Winkel der Welt, ob wir das gut finden oder nicht, zeigt dadurch aber auch, dass ein BIG überall Anwendung finden kann. Und sind wir dort einmal angelangt, ist auch der Schritt zur Ressourcenwirtschaft kein Hindernis. Bei der schnell um sich greifenden weltweiten Ressourcenausplünderung wird gerade der afrikanische Kontinent aufs Korn genommen. Aus diesem Grund wäre es mindestens so wichtig wie in den industrialisierten Nationen, auch dort in die Ressourcenwirtschaft einzusteigen. Es würde damit so ziemlich die gleiche ‚(R)evolution‘ auslösen, wie bei uns.

Zu Michi Jancsy: Die Möglichkeit selbst tätig werden zu können, selbst den Alltag mit dem wichtigen Ernährungsteil zu organisieren, wird m.M. gerade durch ein BGE extrem gefördert. Die Ressourcenwirtschaft, die über einen bereits groben Plan lückenlos zum BGE passt, erweitert diese Lebensphilosophie ganz konkret um die ökologische Dimension, macht sie vom Geld unabhängig und von dieser Warte, nach meinen bisherigen 5-jährigen Erkenntnissen mit diesem Thema, auch langfristig funktionsfähig. Die Ressourcenwirtschaft wirkt wie ein Entwöhnungsmittel von der Geldsucht, ohne deshalb in einen neuen (Sucht-)Mechanismus verfallen zu müssen.

### Das BGE eine Utopie?

**Aus dem Publikum** wird gefordert, dass es Mut zur Utopien braucht, weiters, wenn man sich näher schon mit dem BGE befasst hat, es nicht akzeptabel erscheint, das BGE als Utopie zu bezeichnen.

**schriftlicher Nachtrag, Orthaber:** Gerade aufgrund der hartnäckigsten Positionen gegen ein BGE, die zum Teil durchaus Behauptungen sind – 1. Unfinanzierbarkeit, 2. Menschen arbeiten dann nicht mehr, 3. es würden dann alle zu uns kommen, 4. weiters, dass Geld nur gegen eine Leistung (ausgenommen in Not oder bei Gebrechen) bezogen werden dürfe – wird mit dem Ressourcenwirtschaftskonzept nochmals an die Basis unseres Wohlstands- und Gesellschaftssystems herangegangen. Die anfängliche Ausführung ist deshalb sehr theoretisch. Als zweiter Schritt muss das konkrete Instrument mit den Umsetzungsschritten gezeigt werden. Mit diesem Wissen (theoretische Basis und Umsetzungsschritte) wäre als erster wichtiger Schritt ein Basiskonsent über die Ziele und den damit verbundenen Rahmenweg zu erzielen.

Als nächster wichtiger Schritt wären dann dieser Basiskonsent in das jeweils eigene Konzept / in die eigene Initiative einzubauen. Umgekehrt sind aus dem jeweiligen Konzept womöglich nötige Zusatz- oder Begleitmaßnahmen in das Rahmenkonzept (Basiskonsent) einzubauen, um spezielle Details/Schwierigkeiten zu lösen. Sowohl natürlich die eigene Arbeit/Initiative als auch ein umfassenderes Konzept mit den anderen Initiativen wäre dann bei der laufenden (politischen) Tätigkeit, bei Verhandlungen ebenfalls zumindest aufzulegen. Dies wäre ein praktischer Weg. Die Utopie wird dann Planungsrealität. Häufig wird dann aber noch gemeint, dass dies politisch nicht durchsetzbar wäre. Die Ungewissheit politischer Durchsetzbarkeit ist stets nur eine Frage politischer Interessensgruppierungen, die Machtpolitik betreiben wollen, sollte jedoch keine Frage für Menschen sein, die eine (direkt)demokratische Mitentscheidung und Selbstermächtigung wollen. Warum zerbricht man sich den Kopf und urteilt darüber, was andere denken? Wir sollten uns ganz analog dem BGE solchen Fragen zuwenden, die jede/r einzelne von uns wirklich beantworten kann (die Frage zum BGE lautet: „Was würden Sie arbeiten, wenn für Ihr Einkommen gesorgt wäre?“ Allgemeines Ergebnis: 80% wollen weiterarbeiten). Solange man dazu nicht fähig ist, werden noch so schöne und fähige Konzepte nichts nützen und man wird daraus keine praktischen Handlungen ableiten können.

### Ein Land muss einmal beginnen . .

**Dieses erste Statement** zum BGE und diese Anfrage zum erweiterten Konzept der Ressourcenwirtschaft aus dem Publikum bezeichnet einen wichtigen Punkt. Geht dies konform mit den EU-Regelungen? Und wird dieses Land dann nicht von einem Zustrom von 'Auswärtigen' überfordert? Also ist das Beginnen für ein Land eine Utopie?

**schriftlicher Nachtrag, Orthaber:** Einerseits sind Sozialangelegenheiten in der EU Ländersache. Es ist nicht verboten ein BGE zu geben. Ab wann zugezogenen BürgerInnen lt. EU-Recht ebenfalls Anspruch auf die gleichen Sozialleistungen haben müssen, wäre zu recherchieren. Andererseits gilt wirtschaftlich das Herkunftslandprinzip. D.h. nach meinem Wissen (besser nochmals recherchieren) müssen alle in einem anderen EU-Land produzierten oder für den Handel zugelassenen Produkte im eigenen Land ebenfalls gehandelt werden. Jetzt stellt sich die Frage, ob nun eine zusätzliche

Qualitätskennzeichnung der importierten Waren (ist wie ein Gütesiegel) ein Verstoß gegen dieses Herkunftslandprinzip darstellen kann (sollte m.M. nicht sein, da eine Kennzeichnung ja weder eine Warenqualität vorschreibt noch einen Import verhindert). Oder, würde es eine wesentliche Importbeeinträchtigung sein? (Warenverkehrsfreiheit). Hans Peter Aubauer (der Entwickler des Kernelements der Ressourcenwirtschaft) plädiert hier dafür, dass das Ziellandprinzip unbedingt gelten sollte. Vonseiten der WTO lautet die Regel nur, dass inländische wie ausländische Waren gleich zu behandeln wären. Und dies ist bei der Ressourcenwirtschaft ganz sicher gegeben – sowohl inländische als auch ausländische Waren sind mit dem gleichen Wertemaßstab, dem ökologischen Footprint, gekennzeichnet. Entweder sorgt der Importeur selbst mit Frachtbriefen glaubhaft für diese Kennzeichnung (Stichprobenkontrollen oder Meldungen von Verstößen von der einheimischen Konkurrenz) oder es wird von einer Importagentur grob vergleichbar eher zuungunsten des Importeurs geschätzt. Sowohl bei BGE als auch bei der Ressourcenwirtschaft erhält zunächst die StaatsbürgerIn ein BGE oder/und ein Ressourcenkonto (eine dem BGE ähnliche monatliche/periodische Gutschrift, die nach jeder Periode ständig auf den gleichen Wert gesetzt wird). Jegliche andere StaatsbürgerInnen (SaisonarbeiterIn, UrlauberIn, MigrantIn, etc.) unterliegen dann jeweils anderen verhandelbaren Regelungen. Eine mögliche Zuwanderung ist daher von diesen Regelungen abhängig (auch von EU-Regelungen) und nicht vom BGE oder dem Ressourcenkonto selbst. Bei der Ressourcenwirtschaft wird es auch vom Aufwand der Importkennzeichnung abhängen. Ein breiterer Zusammenschluss von mehreren Ländern wäre daher weniger Aufwand. Würde sich z.B. die gesamte EU für die Ressourcenwirtschaft entschließen, würde nur mehr rd. 10% der Waren zu einer Importkennzeichnung anfallen. Bei weltweiter Einführung würde natürlich diesbezüglich gar kein Aufwand mehr anfallen. Und wenn all das klar gelegt ist, entscheidet allein (politisch) die Bevölkerung darüber, ob es gemacht wird oder nicht.

### BGE/Ressourcenwirtschaft und ein Menschenrecht auf Nahrung

**Sterzinger argumentierte sinngemäß**, dass angesichts der Armut in Ländern des Südens eine Verhinderung und Bekämpfung von Landenteignung zunächst realistischer ist, als die Einführung eines BGEs; die Situation wäre sehr vergleichbar mit dem rechtsanspruchslosen Sozial-Transfer.

**schriftlicher Nachtrag, Orthaber:** Diese Argumentationen und Vorgänge sind im gegenwärtigen Wirtschaftssystem nach wie vor stark mehrheitliches Denken. Dies liegt auch in der nicht zu verleugnenden Verflochtenheit zwischen Arbeit und Geld. Die Ursprünge des BGEs liegen jedoch in einer Bodenrente, einem Allgemeingut (Common) begründet und nicht in einem Sozial-Transfer! Das hatten die Menschen bis auf einige wenige damals im 18 Jhd. und bis jetzt (noch) nicht begriffen und Machthaber/dominante Wirtschaftstreibende haben sich offenbar gekonnt darüber hinweggesetzt. Und da dies mit dem Medium Geld aufgrund der zusätzlichen Schwierigkeit der Verflochtenheit mit Arbeit (und Spekulation) tatsächlich schwierig auseinander und stabil zu halten ist, dauert die Misere an. Landbesitz zur Produktion (im Sinne von Eigentum) ist die eine Seite der Medaille rund um den Wohlstand, dessen Nutzung (nicht das Eigentum selbst!) durch Flächenwidmungen gesetzlich als Zusatzmaßnahme zu regeln ist. Die andere Seite ist der Zugang zu Nahrung für Alle. Dieser kann aber auch von der Konsumseite erfolgen (lt. Definition, s. Sterzinger, kann neben der Eigenproduktion auch „ausreichender Lohnerwerb zum Nahrungskauf“ verstanden werden). Beides ist zur wirkungsvollen Regelung nötig! Beim BGE und bei den Ressourcennutzungsrechten handelt es sich aber um keine Notrationen, sondern um eine zusätzliche den „Commons“ angemessene Anteilhabe am gesellschaftlichen Leben bzw. um den, unter Kriterien nachhaltiger Nutzung, vollen gleichberechtigten Naturanteil. Beide haben also nichts mit Sozial/Cash-Transfer zu tun. Es ist eine proklamierte demokratische (R)evolution. Die Ressourcenwirtschaft macht dabei nun zweierlei klar: Eine unmissverständliche Trennung der gleichberechtigt zuzuteilenden Bodenrente von anderen gesellschaftlichen Leistungen. Und angesichts der nun bald herankommenden Ressourcenkrise, eine unabdingbar nötige Ökobilanzierung mit einer schrittweisen Absenkung der Ressourcennutzung auf ein nachhaltiges Niveau binnen z.B. 30 Jahren. Die allgemein in (alternativen) politischen Kreisen schon lange bekannte und dahergesagte Formel „nicht Arbeit besteuern, sondern Naturressourcen“, könnte durch die Trennung in den Arbeits-Geld-Bereich und in den Naturressourcenbereich in anderer Wirkungsweise, effektiver und mit weit geringerer gesellschaftlicher Überwachung wie bisher (neue Freiheiten) geschehen. Arbeit, Geld und Naturressourcen bekommen jene Wirkung, wie sie vonseiten mancher PolitikerInnen in ihren Sonntagsreden, „Ökonomie und Ökologie braucht kein Gegensatz zu sein“, oft benannt wurde.

### BGE/Ressourcenwirtschaft und Ernährungssouveränität

**Irmi Salzer sprach über die Ernährungssouveränität** als politisch solidarische Bewegung die die gesamte Kette von der Produktion, Vermarktung bis zum Konsum mit bewusster gesunder Ernährung und Naturbewahrung einschließt. Im gegenwärtigen Wirtschaftssystem geht es aus praktischer Sicht darum, eine entsprechend faire Preisgestaltung der Produkte für KleinbäuerInnen weltweit, um kleinbäuerliche Strukturen als zukünftige Notwendigkeit aufrecht halten zu können. Es geht dabei auch um eine ausgewogenere Kostengestaltung für KonsumentInnen (z.B. geringere Wohnkosten, um mehr für die Nahrung ausgeben zu können). Es geht nicht um die individuelle Souveränität, sondern um eine solidarische Souveränität.

**schriftlicher Nachtrag, Orthaber:** Wenn von einer Grundversorgung im Naturressourcenbereich (wie vorhin beschrieben) die Rede ist, so ist darunter genauso wenig eine Förderung zu verstehen, wie beim Recht auf Nahrung darunter ein Sozialtransfer zu verstehen ist. Die Grundversorgung ist einfach ein unabdingbares, unteilbares Recht auf die Bodenrente und hat mit Geldzahlungen im Sinne eines Einkommens nichts zu tun. Wenn Menschen gut existieren können, dann bleibt es ihnen selbst überlassen, ob sie aus ihrer Arbeit noch Geld verlangen wollen oder sie gegen andere Dienstleistungen

eintauschen oder gar verschenken wollen. Es wird sich über eine längere Periode eben eine neue Form der Solidarität einstellen, die für alle eine faire Arbeitsaufteilung bedeuten wird. Es wird völlig zur Disposition stehen, inwiefern altherkömmliche gewerkschaftliche Vertretungen dann noch eine gewichtige Rolle spielen werden bzw. wenn, dass es dann hauptsächlich um Regelungen der Arbeitsplatzqualität geht. Die Ernährungssouveränitäts-Bewegung könnte sich dann weit effektiver eben um qualitative Regelungen entlang der agrarischen Aktivitätskette (Gentechnologie-Freiheit, Bewirtschaftungsrichtlinien, Flächenwidmungen etc.) kümmern, als um Preis- und Einkommensangelegenheiten.

### BGE/Ressourcenwirtschaft und Geldsysteme

**Schriftlicher Nachtrag, Orthaber:** Da Geld in unserem Wirtschaftssystem so eine dominante Rolle spielt, sei hier noch ein Detail einer Gruppierung von Geldsystemen gezeigt (dies wurde im Vortrag nicht besprochen, sondern davon nur eine Graphik zum Schluss noch an die Wand projiziert). Es soll damit der Zusammenhang zwischen BGE und Geldsystemen verdeutlicht werden. Grob werden darin akkumulierbare und vergängliche Währungen unterschieden, wobei uns im allgemeinen nur die akkumulierbaren Währungen ein Begriff sind – wir wollen ja auch alle damit für schlechte Zeiten oder Anschaffungen sparen können. Generell wissen wir auch, dass die Preise bzw. die Kaufkraft unseres Geldes möglichst konstant gehalten werden soll (geringe Inflation). Dies betreibt denn auch die Zentralbank als ihre wichtigste Angelegenheit (Preisstabilität) und führt dazu einen monströsen Stab an Wirtschaftsabteilungen für ihre Statistiken und Entscheidungen. Unser Geld und so manche bekannten Regionalwährungen, die gewissermaßen ein Stück zurück zum Ursprung darstellen (auch ohne Zins und demokratischere Geldschöpfungsmodalitäten), gehören dazu. Als sozusagen selbstimmanent eingebaute Werterhaltung (die Stunde bleibt immer eine Stunde), setzt sich davon das Zeitgeld etwas ab. Das Zeitgeld ist aber ebenfalls noch akkumulierbar und besonders gut im Sozialbereich geeignet, wo Dienstleistungen nicht maschinen- und zeitrationalisierbar sind (im Projekt von Tobias Plettenbacher, TimeSozial, zentral angewendet). Es wäre auch in der Wirtschaft einsetzbar, mit flexibel erweiterbarem, jedoch besser nachvollziehbarem Wert (z.B. einpreisbare Overheadkosten). Gegenwärtig gilt das Zeitgeld ebenfalls als Komplementärwährung, hätte aber auch die Funktionsfähigkeit einer weltweiten generellen Währungseinheit ohne staatspolitische Machtsymbolik.

Wird nun ein BGE (mit periodischen Geldauszahlungen) eingeführt, muss die Regel der konstanten Geldumlaufmenge wegen der Preisstabilität erhalten bleiben. Der Geldrückfluss muss demnach entweder über eine Besteuerung (lineare Kapitalbesteuerung und/oder progressive Einkommensbesteuerung und/oder lineare/progressive Konsumsteuer) erfolgen. Das erfordert eine völlige Transparenz (Überwachung) der Kapitalien (als Bargeld oder irgendeiner Wertanlage unter dem Kopfpolster oder sonst wo wohl schwer möglich) und/oder der Einkommensverhältnisse (ansonsten – „Schwarzgeld, Schwarzarbeit“) und/oder des Konsums (ansonsten – „Schwarzware“). Arbeit und Konsum müssen also, so wie wir es jetzt schon kennen, für alle völlig überwacht und reglementiert werden. Der von der BGE-Initiative proklamierte Slogan „in Freiheit tätig sein“, ist diesbezüglich also noch keine wirkliche Freiheit – aber dort geht es zunächst um die Freiheit der Arbeitswahl (s. BGE-Grundsätze).

Ein weiteres Kapitel ist die Besteuerung der Arbeit, dass sie im Prinzip nicht das bewirkt, was wir aus ökologischen Gesichtspunkten schon immer gewollt haben (auch wenn diese erst oberhalb der BGE-Grenze einsetzt): Arbeit entsteuern, Naturnutzung besteuern. Nun kann man natürlich (zusätzlich) im gegenwärtigen Geldsystem die schon bekannte Ökosteuer bemühen. Als 10-jährige Übergangslösung wurde dazu bereits von Hans Peter Aubauer eine schrittweise völlige Steuerumlagerung von der Arbeit auf Energie-, Material- und Flächenressourcen vorgeschlagen (genau genommen ist dies mittels Geld, das mit der Arbeitsleistung und Spekulation verbunden ist, eine Nutzungsbesteuerung der Naturressourcen, nicht irgendeine Bewertung der Naturressourcen selbst). Anhand einer Negativsteuer für nicht Arbeitende entsteht dadurch schrittweise für alle eine Art BGE. Doch dann ist damit das Ende der Fahnenstange auch schon erreicht und lt. Studien, die sich mit Preiselastizität (Rückgang des Konsums durch Preissteigerungen) etc. beschäftigen, ist damit maximal eine Konsum-Absenkung um rd. das 2.5-fache erzielbar (und dies soll mit der Übergangslösung auch genutzt werden). Wir benötigen letztlich aber einen Rückgang (in den Industrieländern) um das 10-20-fache, um unsere kommenden weltweiten Ressourcenkrisen zu meistern!

Um ohne diese Überwachungsprobleme (neben den hier gar nicht diskutierten Problemen der Schuldenpolitik, die uns gegenwärtig hausgemacht quälen) zu einem tatsächlich „In Freiheit tätig sein“ zu kommen, müsste das Geldsystem geändert werden. Ein bereits im Internet umgesetzter Vorschlag, ist jener von Bernd Hückstädt, „Joytopia“. Dieses Geldsystem ist eine vergängliche Währung (und dieses Beispiel veranlasste mich auch diese Einteilung zu treffen), weil es, wie hier konzipiert, zwei Jahre nach der jeweiligen Ausgabe den Wert völlig verliert (mit einem konstanten Wertabschlag vom Nominalwert von ca. 4% pro Monat). Es wird auch Lebensgeld (gemäß „werden und vergehen“) genannt. Alle Steuern sind überflüssig, da auch die staatliche Verwaltung für die Infrastruktur ein BGE erhält. Das jeweils ausgegebene Geld kann dadurch nur mehr als Tauschmittel und begrenzt innerhalb der Zweijahresfrist für kumulative Transaktionen dienen. Alle Menschen, die zusätzlich neben dem BGE also etwas verdienen möchten, den Wohlstand entsprechend heben wollen, werden arbeiten und dafür Geld verlangen oder auch direkt Dienstleistungen untereinander tauschen. Es besteht keine Veranlassung, warum dann Menschen plötzlich nicht mehr arbeiten sollten. Weitere spezielle Regelungen gibt es für den Umstieg, Entschuldung und sicher auch bei Kreditansprüchen, etc.. Wie schon erwähnt – Interessant ist, dass auch der Staat ein BGE erhält (1/3 des Budgets). Dies entspräche bei der Ressourcenwirtschaft einer vereinbarten Abgabe (vereinbart zwischen den BürgerInnen und dem Staat, dem Land, der Gemeinde), die prozentuell als Infrastrukturabgabe (mit Naturressourcennutzungsrechten) zu entrichten wäre. Ein weiteres Drittel geht bei Joytopia in einen Umweltfond zur

Finanzierung all der Dienstleistungen, die mit der Problematik der Bewahrung unseres Naturhaushalts zu tun haben. Neben ev. kritisierbarer, mangelnder Flexibilität im Kreditbereich, ist aus meiner Sicht das Umweltproblem damit nicht wirklich gelöst. Und genau hier setzt die Ressourcenwirtschaft mit der ebenfalls vergänglichen Währung ‚Ressourcengeld‘ (ich nenne es nun Naturressourcennutzungsrechte) an. Anstatt einer Zuteilung zu einem Umweltfond (ein solcher könnte aber zusätzlich als Begleitmaßnahme während der Umstiegsphase eingerichtet werden, um soziale Härtefälle abzumildern) wird, inklusive der sonst analogen BGE- und Tauschmittel-Funktion, damit eine Ökobilanzierung und damit eine Mengensteuerung der Naturressourcen verfolgt. Diese zusätzliche Funktion bedarf aber einer speziellen Überwachung und Wertekennzeichnung aller offiziell (von gemeldeten Unternehmen wie z.B. Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Bergbau, Energiewirtschaft) gehandelten Naturentnahmen. Alle anderen Menschen/Unternehmen sind davon nicht betroffen. Gelegentlich kommt da die Kritik – dann muss ja alles überwacht werden, sonst würde jeder privat gärtner. Nein, die private Nutzung wird bereits über andere Methoden – Wohnflächen mit Garten z.B. werden bereits als Baulandnutzung mit 100%-Nutzung (ökologischer Fußabdruck!) in Rechnung gestellt, egal wie diese Fläche nun genutzt wird, zubetoniert oder teilweise als Privatgarten. Es kommt also auch auf die Flächennutzungswidmung an, wie etwas gemäß ökologischem Fußabdruck bewertet wird.

Das sozial-ökologische Ziel der Verhinderung der Ausbeutung von Mensch und Natur, wird mit der Ressourcenwirtschaft also durch eine vergängliche Währung gelöst, wogegen die gesellschaftlich wirtschaftliche Flexibilität der Akkumulations- und Kreditmöglichkeit nach wie vor durch eine akkumulierbare Währung übernommen wird. In Zukunft wäre aus (macht)politischen Gründen und wegen der besseren Werte-Abschätzbarkeit dazu weltweit eine Zeitwährung am besten geeignet (s. das bereits erwähnte Projekt „TimeSozial“). Die Kopplung von beiden Währungen, bewirkt einerseits den gegenwärtig nötigen Antriebseffekt in Richtung nachhaltige technische Entwicklung, andererseits eine einfache Wahlmöglichkeit und Handhabung der Tauschmittel.

Ein weiterer Ansatz einer Währung, in der ebenfalls ein BGE angedacht wird (oder war) und ein ökologischer Aspekt einfließt, ist der Taxos von Ernst Dorfner. Weiters wurde von Richard Douthwait eine internationale Währung auf Basis der CO<sub>2</sub>-Emissionen konzipiert. All diese Konzepte gehen aber nicht weit genug, bleiben zu sehr auf der Geldebene verwurzelt oder sie gehen bezüglich der politischen und wirtschaftlichen Ebene weiterhin den Weg eines strikten Top-Down-Ansatzes. Die einzelnen BürgerInnen haben fast nichts zu sagen und erhalten keine oder keine wesentliche Selbstermächtigung.

Ein letzter Aspekt, der innerhalb der BGE-Initiativen oft Diskussionspunkt ist, ist die Finanzierungsart im gegenwärtigen Geldsystem (über Einkommen, Kapital und/oder Konsum). Wie schon erwähnt, kommt dabei nur die Methode der Besteuerung in Frage, mit entsprechender Überwachung der menschlichen Tätigkeiten oder Besitztümer zur Steuereintreibung. Alle weisen sie die prinzipielle Diskrepanz zur ökologischen Zielsetzung auf (Entsteuerung von Arbeit). Ziel der Initiative des rtg ist nun ein „emanzipatorisches BGE“, dessen Festlegungen nicht nur die Bereitstellung von Geld, sondern auch die Erhaltung und Anteilhabe an der sozialen Infrastruktur ist. Diese Forderung kann aber unabhängig von der Finanzierungsform gestellt werden (Zusatzmaßnahme). Besonderer Wert wird auch darauf gelegt, dass durch die Finanzierung bereits eine Rückverlagerung der Finanzmittel von Reich zu Arm entsteht. Daher käme nur eine entsprechende Besteuerung des Einkommens und des Kapitals in Frage und keinesfalls eine ausschließlich aus dem Konsum (die Konsumbesteuerung war oder ist der Vorschlag von Götz Werner). Es wird befürchtet, analytisch elaboriert, dass ansonsten die Geldabflüsse zu den Reichen trotz BGE weitergehen würden. In welche Richtung auch immer die Dynamik wirken wird, aus der Sicht der Ressourcenwirtschaft ist das nicht wirklich ein zukunftsorientiertes Thema. Dabei wird lt. grobem Konzept ohnehin in einer 10-jährigen Übergangsphase das gesamte Steueraufkommen – auch z.B. die Mehrwertsteuer/Konsumsteuer ist im Grunde eine aus den Werkbänken heraus verlängerte Arbeitsbesteuerung – auf einen zunächst einigermaßen brauchbar definierbaren und noch handhabbaren Ressourcenverbrauch (Elektroenergie, Fossilenergie, Materialgewicht, Flächenversiegelung) umgelagert. Und am Ende wird auf die instrumentell fertig konzipierte Ressourcenwirtschaft umgestiegen, wobei die ohnehin bezüglich der Naturressourcen ungeeignete monetäre Besteuerung dann komplett entfällt und sich mittels des neuen Instruments eine strikte, sozial-ökologische Systemwirkung entfaltet (ökologische Begrenzung, gleichberechtigte Verteilung, Absenkung auf ein nachhaltiges Maß, Geldumlagerung bei Überkonsum). Eine solche Wirkung wäre allein mittels des Mediums ‚GELD‘, basierend auf Arbeit und Spekulation, niemals zu erzielen.

**zfs**

**... Zukunftsforum: Systemwandel**  
 - für eine sozial-ökologische sichere Welt

vorläufige Kurz-Infoseite im WEB: <http://members.chello.at/zfsnet>

ein Projekt in der Initiative Zivilgesellschaft, seit Mai 2007

**zfs**

**Bedingungsloses Grundeinkommen –  
 Grundversorgung mit Naturressourcen –  
 Ernährungssouveränität**

ein Beitrag zur  
 Internationalen Woche des Grundeinkommens 2011

schöne neue Welt . . . das BGE

**MINDESTLOHN € 1500 netto**  
**BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN für alle € 1500,-**  
 WAS WÜRDEN SIE ARBEITEN NEIN FÜR IHRE EINKOMMEN GESORGT WEREN?

**erster Kardinalpunkt**

"Wer in einer begrenzten Welt an unbegrenztes Wachstum glaubt, ist entweder ein Idiot oder ein Ökonom", sagte einmal der US-Ökonom Kenneth Boulding.

Doch – jene Ökonomen gehen eher davon aus, dass durch Innovation praktisch in nahezu unbegrenzter Steigerung (wir leben in Fülle) Naturressourcen/ Energie verfügbar sind !

**Frage:** Kann letzteres stimmen ?  
**Antwort entscheidend für Wachstums- oder steady-state-System.**

**zweiter Kardinalpunkt**

Exkurs: System-Überlegungen - Entwicklungsgeschichte

Natur → Mensch → Arbeit →  
 → Gewalt →  
 → Eigentum → Tausch → Geld → **Realwirtschaft**  
 gutes Leben . . .

verhindern von Ausbeutung (loop from Arbeit to Mensch)

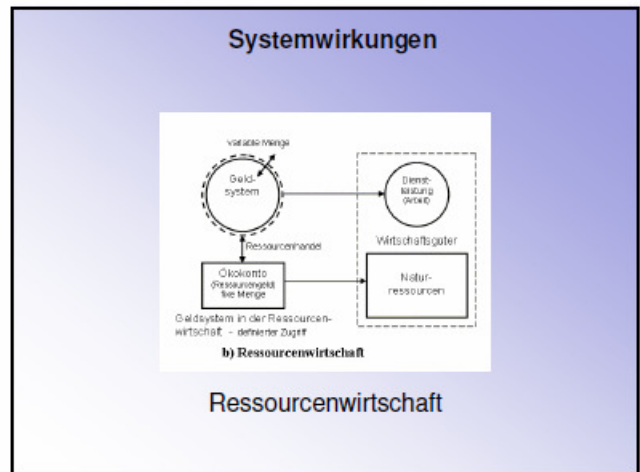
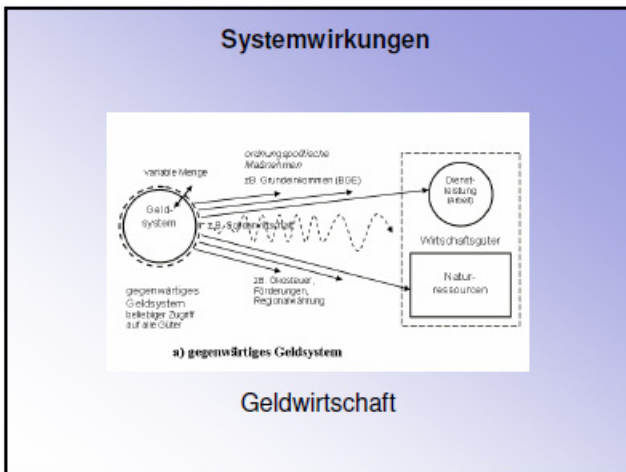
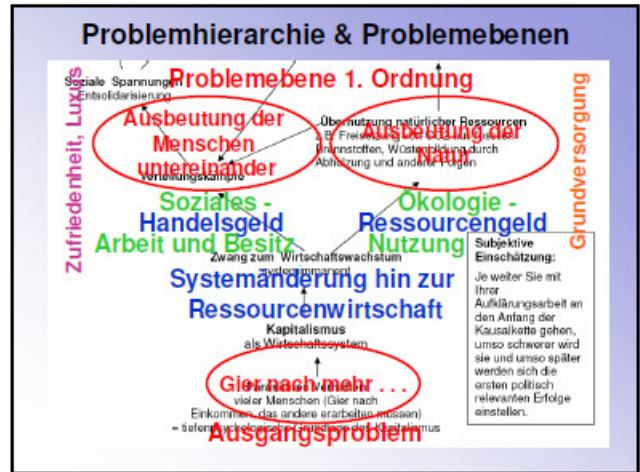
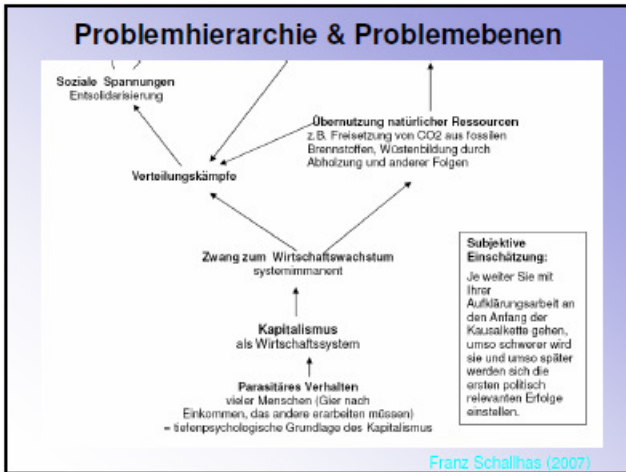
versuchte Bekämpfung (loop from Realwirtschaft to Mensch)

BGE - verhindern von Ausbeutung (loop from Realwirtschaft to Mensch)

**Was sind aber die Hauptziele / Basiskonzept?**

**ein gutes Leben für alle . . .  
 Lebensfreundlichkeit**

- ▶ – es geht um materiellen Wohlstand, aber
  - 1) Vermeidung der Ausbeutung der Natur
  - 2) Vermeidung der Ausbeutung der Menschen untereinander
- ▶ – es geht um immaterielles Wohlbefinden
  - 3) fördern von Zufriedenheit



ein konkretes zusätzliches Instrument:  
ein Stufenplan  
zur „neuen“ Grundversorgung

1. „Bedingungsloses Grundeinkommen“
2. „Steuerumlagerung“
3. „neue“ Grundversorgung“

